

## Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

# Marktwirtschaftliche Strukturentwicklung mit regionalem Kompass gestalten

Zur wirtschaftlichen Geschichte der Bundesrepublik gehören nicht nur das Wirtschaftswunder oder die großen Krisen und Rezessionen, etwa der späten 1970er oder frühen 2000er Jahre, sondern auch, dass viele Regionen des Landes immer wieder und in ganz unterschiedlicher Weise von einem tiefgreifenden Strukturwandel erfasst wurden. Alte Industrien und Arbeitsplätze verschwanden durch den globalen Wettbewerb oder technologischen Fortschritt. Und neue Betriebe und Arbeitsplätze und damit Chancen und Perspektiven für die Menschen mussten hart erarbeitet werden. Das ist oft aber längst nicht überall gelungen. Und war in jedem Fall mit großen individuellen, gesellschaftlichen aber auch politischen Anstrengungen verbunden.

Besonders stark durch Strukturwandel getroffen waren die ostdeutschen Bundesländer, in denen nach 1990 innerhalb kurzer Zeit etwa ein Viertel alle Arbeitsplätze verloren ging. Der wirtschaftliche Wandel, der Fortzug insbesondere von jüngeren und gut ausgebildeten Mitbürgern und die dadurch verstärkte Alterung der Bevölkerung prägen viele ostdeutsche Regionen bis heute. 30 Jahre Wirtschafts- und Strukturpolitik in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben nicht zu einer Angleichung zwischen Ost- und West geführt. Das Lohngefälle und die Produktivitätslücke ist weiterhin groß. In Ostdeutschland verdienen die Menschen durchschnittlich 20 % weniger als in Westdeutschland. In der Zukunft wird aber vor allem der Mangel an Arbeitskräften die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen.

Strukturpolitik kann und darf sich nicht in Dauersubventionen und Behördenverlagerungen erschöpfen. Die Lebensqualität der Menschen muss deshalb wieder im Vordergrund stehen, auch wenn immer weniger Menschen in Ostdeutschland leben und leben werden.

Deshalb ist ein attraktives Umfeld für Gründer, Einwanderer, Rückwanderer und für leistungsfähige Industrieunternehmen unser Ziel. Staatliche Programme werden eine solche marktwirtschaftliche Erneuerung nicht erzwingen können. Die Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre, die auf Verteilungspolitik anstatt auf Wachstumspolitik gesetzt hat, hat die Anpassung an den Westen nicht geschafft. Deshalb müssen alle Bundesländer im Osten die Investitionen in Bildung und Forschung erhöhen, damit die Wachstumsbedingungen verbessert werden. Wichtiger als Infrastruktur sind Bildungsleuchttürme im Osten.

Die aktuelle Diskussion um den Kohleausstieg wird zu weiteren tiefgreifenden

Veränderungen in den betroffenen Regionen führen. Wir Freien Demokraten teilen die Auffassung, dass hier Unterstützung notwendig ist. Bei den aktuellen Vorschlägen der Kohlekommission lässt sich jedoch kein roter Faden für die Planung der Verwendung der Mittel erkennen. So hat die Lausitz derzeit noch 8000 Beschäftigte in der Braunkohleindustrie. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung schaffen nach Einschätzung von Ökonomen vielleicht 500 Stellen. Die vorgesehenen Gelder nach dem Gießkannenprinzip auszugeben, die keine nachhaltige Wirkung entfalten, sondern schnell wieder versickern, kann nicht die Lösung für die aktuellen Herausforderungen sein.

Um den Strukturwandel im 21. Jahrhundert zu gestalten, der vor allem durch Globalisierung und Digitalisierung aber auch durch politisch herbeigeführte Veränderungen in der Energieversorgung geprägt ist, müssen wir deshalb neue politische Antworten entwickeln und aus den Erfolgen aber auch aus den Misserfolgen der Struktur- und Regionalpolitik der vergangenen Jahre die notwendigen Konsequenzen ziehen. Statt Aktionismus brauchen wir nachhaltige Ideen, die wir mit den Menschen vor Ort weiterentwickeln wollen, nicht am Reißbrett.

Für die Freien Demokraten sind folgende zehn Punkte zentral, um Strukturwandelprozesse erfolgreich zu gestalten.

### **1. Klug, angemessen und langfristig fördern**

Die Förderung von Maßnahmen des Strukturwandels sind an die langfristigen Wachstumstreiber wie Bildung, Forschung und Technologienentwicklung zu koppeln.

Die Forschungszentren spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. Sie müssen durch ihre Trägerorganisationen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel deutlich stärker und prioritär gefördert werden. Sie benötigen einen massiven Investitionsschub, damit Forschung und Entwicklung an diesen Standorten neue Innovationen hervorbringen. An den Hochschulstandorten sind deshalb Optionen für Gründungs-Inkubatoren zu schaffen, damit die Exzellenz in der Forschung schneller den Weg in den Markt findet und aus spannenden Ideen neue Unternehmen entstehen. Nur so siedeln sich neue Unternehmen an und bestehende erhalten Innovationskraft. Die Wirtschaft bleibt so im globalen Wettbewerb auf hohem Niveau konkurrenzfähig. In den Kohleregionen wie der Lausitz muss die bestehende Energie-Expertise gezielt genutzt werden, um sie zu Zukunftslaboren für die Energiewende von morgen weiter zu entwickeln. Forschungsinstitute im Zusammenhang mit der Energiewende müssen deshalb in den betroffenen Regionen angesiedelt werden.

Die Lausitz verfügt aktuell nur über moderates Innovationspotenzial, weshalb auch die Aufnahmefähigkeit von Fördergeldern berücksichtigt werden muss. Anfängliche hohe Fördersummen würden so nicht ihre volle Wirkung entfalten können, sondern zu ineffizienten Ausgaben in der Region führen. Für uns muss deshalb zunächst ein nachvollziehbarer

Förderbedarf ermittelt werden. Die Finanzierung durch die Länder muss möglichst unbürokratisch durch vorhandene Instrumente der Bund-Länder-Kooperation im Bildungs- und Forschungsbereich erfolgen.

## **2. Raus aus der Demografiefalle: qualifizierte Zuwanderung erleichtern**

Als Freie Demokraten wollen wir die Willkommens- und Gründerkultur - auch für ausländische Fachkräfte wie Ärzte, Informatiker, Pflegekräfte - in den ostdeutschen Bundesländern stärken. So kann Ostdeutschland zu einem internationalen Zentrum für Aus- und Weiterbildung werden. Dafür muss in den Schulen das Bild des Unternehmers verändert werden, um mehr Lust auf Unternehmensgründungen und Start-ups zu machen. Ein klarer Kompass für Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum muss endlich bei den Landesregierungen ankommen. Ein erster Schritt könnte die Vereinfachung von Unternehmensgründungen sein. Aber auch die Suche im Ausland nach Fachkräften kann vom Staat unterstützt werden. Ziel muss die Verbesserung der digitalen Kompetenz in kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Förderung der innovativen Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschaft sein. Notwendig ist dabei ein ganzheitliches Qualifizierungskonzept, das Industrie 4.0 - Kompetenzen zum Maßstab macht. Um die Qualität und Nachhaltigkeit der Ausbildung in Handwerk und Dienstleistung zu erhöhen, sind zudem Kooperationen zwischen Schulen und Kammern anzustreben. Die Handwerksmeister, Abiturienten und Hochschulabsolventen, die in Ostdeutschland ausgebildet werden, müssen aber auch in den Bildungsstätten im Osten bleiben wollen. Zusätzlich erleichtern qualifizierte Zuwanderung und eine zügigere Anerkennung von Berufsabschlüssen den Ausgleich beim Fachkräftemangel. Deutschland benötigt zwingend einen großen Wurf bei der arbeitsmarktbezogenen Einwanderung und ein in sich schlüssiges Einwanderungsgesetz inklusive schnellerer Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

Soweit die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist, soll die Finanzierung aus den Mitteln zur Innovationsförderung in den ostdeutschen Ländern erfolgen. Unser Fokus liegt auf dem Wettbewerb der Ideen. Diese wollen wir nach internationalen Best-Practice-Beispielen zum Durchbruch verhelfen.

## **3. Digitale Orte mit Lebensqualität schaffen**

Der Aufbau von regionalen 5G-Netzen und der Ausbau von Breitbandinternet kann Unternehmen der Digitalbranche in den Osten ziehen. Das erste regionale 5G-Netz soll deshalb in Ostdeutschland aufgebaut werden. Dafür stehen bereits ab diesem Sommer Frequenzbereiche bei der Bundesnetzagentur zur Verfügung, die von Unternehmen und kommunalen Trägern direkt erworben werden können. Die Landesregierungen müssen ein Zeichen setzen und Ostdeutschland hier als Vorreiter etablieren. Bereits 2021 könnten 5G-Gewerbegebiete durch kommunale Träger aufgebaut werden. Dieses ist durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen zu

gewährleisten. Der Ausbau soll in Regions-Clustern ausgeschrieben werden, sodass ein Ausbau auch im ländlichen Raum attraktiv ist. Schnelles Internet alleine wird aber nicht ausreichen, die Menschen und Unternehmen aus den großen Städten aufs Land zu locken. Die Lebensqualität vor Ort muss stimmen, dann kommen auch die Informatiker, Blogger und Start-ups, die nicht mehr an einem festen Ort arbeiten müssen. Natur und günstige Wohnungen gibt es in großen Städten schon lange nicht mehr. Deshalb müssen wir Anreize in den ländlichen Räumen schaffen. Wir wollen den Wissens- und Technologietransfer von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und beruflichen Bildungsstätten in die mittelständischen Betriebe verbessern. Die Betriebe brauchen den notwendigen finanziellen Spielraum, um Hochschulabsolventen und Handwerksmeister an sich binden zu können. Die Fraktion der Freien Demokraten will mit einer modernen Unternehmensbesteuerung die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verbessern. Hierdurch ergeben sich neue Impulse für digitale Produkte und Geschäftsideen. Auch Unter- und Mittelzentren können durch Digitalisierung Dynamiken entwickeln und zu Wachstumsmotoren für Regionen werden. Deswegen sollte in den Flächenländern in Ostdeutschland die Digitalisierungspolitik im ländlichen Raum aufgewertet werden. Erfolgreiche und innovative Landwirtschaft spielt dort eine wichtige Rolle. Wir wollen, dass Landwirte kostenfreien Zugang zu Geo-, Wetter- und Klimadaten erhalten. Dadurch entsteht zum einen eine moderne Landwirtschaft, zum anderen Start-ups mit Geschäftsmodellen für die Landwirtschaft. Innovative und nachhaltige Ideen und Konzepte brauchen die politische Unterstützung vor Ort. Erst dann kann Digitalisierung und Infrastruktur die Anbindung des ländlichen Raums an die Städte vereinfachen.

#### **4. Lausitz als europäische Musterregion für die Energiewende machen**

Die Lausitz ist unter den vier deutschen Braunkohlerevieren besonders vom geplanten Kohleausstieg betroffen: Hier beschäftigt die Braunkohlewirtschaft rund 1,7 % aller Erwerbstätigen (Im Gegensatz zu 0,3 % im Rheinischen und Mitteldeutschen Revier). Der Anteil der Braunkohlewirtschaft am gesamten Arbeitnehmerentgelt ist in der Lausitz mit 4,3 % ebenfalls am höchsten. So verdient ein Beschäftigter im Braunkohlebergbau rund 4300 Euro während es im verarbeitenden Gewerbe im Schnitt nur 2400 Euro sind. Die Menschen in der Braunkohlewirtschaft sorgen damit für eine hohe Kaufkraft in den Regionen. Die Kraftwerke in der Lausitz stehen für ca. 10 % der deutschen Stromerzeugung. Sie stehen nicht nur für eine regelbare Stromproduktion, sondern sorgen mittels Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auch für eine stabile Wärmeversorgung.

Wir Freie Demokraten erkennen die Potentiale der Region im Bereich Energie. Die Lausitz ist fähig, die theoretischen und die praktischen Lösungen für Energiespeicherung, Energieübertragung, Energieerzeugung

und Wertstoffkreisläufe zu liefern. Die bisher größte Stärke der Region, die hohe Kompetenz im Bereich der Energietechnik und Energiewirtschaft, möchten wir dafür nutzen. Es gibt zahlreiche Firmen, Forschungseinrichtungen und Forschungsprojekte, die sich genau mit diesen Themen beschäftigen. Folglich gibt es in der Region viele Energiefachkräfte, die der beste Standortfaktor sind, um weitere Energie-Unternehmen und Forschungseinrichtungen anzusiedeln. Durch Referenzanlagen zur Sektorenkopplung sowie Strom- und Wärmespeicherung etwa durch Power-to-Gas können innovative Lösungen für Klimaschutz zum Beispiel in der Gebäudewärme und im Verkehr entstehen. Somit kann die Region in der bundesweit angestrebten Energiewende eine Schlüsselrolle einnehmen.

### **5. Infrastruktur und Mobilität: Stadt und Land verbinden**

Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für die Entwicklung einer Region. Wir Freien Demokraten setzen uns für die Modernisierung von Straßen, Brücken, Schienen- und Wasserwegen ein, damit Menschen und Güter schnell und bequem ihr Ziel erreichen. Projekte wie der Ausbau der MILAU (Mitteldeutschland-Lausitz-Trasse) als leistungsfähige Ost-West-Verbindung sind hierbei von zentraler Bedeutung. Sie müssen zügig vorangebracht werden, um die Lausitz und den Mitteldeutschen Raum besser miteinander zu verbinden.

Wer im Prenzlauer Berg in Berlin leben möchte, aber in der Lausitz arbeiten, braucht schnelle Zugverbindungen und gute Autobahnen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und die innovative Vernetzung verschiedener Verkehrsträger aber auch eine bedarfsgerecht ausgebaute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur bieten besonders in vom Strukturwandel geprägten Regionen gesellschaftliche Teilhabe und damit Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg. Wichtig ist, dass sie den bestehenden Gegensatz zwischen Städten und ländlichem Raum verringern.

Aufgrund ihrer geografischen Lage ist die Lausitz Drehscheibe für Waren- und Personenströme aus Ost und West. Durch den Ausbau des Güterverkehrs (Niederschlesische Magistrale) können neue Perspektiven (Güterverkehrs-Hub) in Richtung Mittelost- und Osteuropa sowie Asien geschaffen werden. Die Länder sind gehalten, diese besondere Chance bei ihren Planungen für Verkehre auf der Schiene zu berücksichtigen und entsprechend zu investieren.

Auch die Ausweitung des Personenverkehrs auf der Straße mittels privatwirtschaftlich organisierter Expressbuslinien und (Ride-) Sharingangeboten ist gewünscht und soll beispielsweise durch geringere gesetzliche Regulierungen und der Ermöglichung moderner Konzepte gerade im Bereich der Digitalisierung unterstützt werden.

### **6. E-Government-Strategien von Bund und Ländern vorantreiben**

Digitale Angebote und Lösungen sind Innovationstreiber im 21. Jahrhundert, auch in der öffentlichen Verwaltung. Denn moderne Verwaltungsleistungen sind ein wichtiger Standortfaktor und tragen zum Abbau bürokratischer

Belastungen bei. Zwar verpflichtet das Online-Zugangsgesetz (OZG) den Bund und die Länder, bis 2022 sämtliche Leistungen der Verwaltung auch digital anzubieten. Die Umsetzung des OZG läuft jedoch schleppend, viele Projekte sind noch gar nicht in Angriff genommen worden. Statt weitere Gremien einzurichten und die Umsetzungsstrukturen aufzubauen, muss das OZG zügig, praxisnah und nutzerfreundlich umgesetzt werden und dabei auch die Unternehmen mit an Bord geholt werden. Ansonsten droht die Gefahr, dass sich die bereits bestehende Digitalisierungslücke zwischen Wirtschaft und Verwaltung weiter vergrößern wird. Neben dem Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur ist eine klare Strategie für die Nutzung digitaler Technologien erforderlich. Hier kommt der Digitalisierung eine Querschnittsfunktion zu, welche sich positiv auf die unterschiedlichen Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger auswirken kann. Eine zielgerichtete Steuerung des ÖPNV zur Aufrechterhaltung des Angebots, auch bei sinkender Nachfrage, die Nutzung der Telemedizin, die intelligente Steuerung der Ver- und Entsorgung mit und von Strom, Müll und Wasser sind nur einige Beispiele, wie innovative Technologien die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum unterstützen und gleichzeitig neue wirtschaftliche Impulse in die Region bringen können.

### **7. Identität stärken: Entscheidungsspielräume in Ländern und Kommunen ausbauen**

Wichtig bleibt, die Interkommunale/-regionale Zusammenarbeit innerhalb der Bundesländer Sachsen und Brandenburg sowie der europäischen Ebene mit unseren polnischen Nachbarn zu intensivieren. Die Ober-, Nieder- und polnische Lausitz ist hierbei als gemeinsame Wirtschaftsregion zu verstehen.

Verwaltungen müssen Dienstleisterinnen für die Bürger sein, nicht umgekehrt. Verwaltungsreformen haben sich in der Vergangenheit zu stark an Einsparaspekten orientiert statt an der Frage, wie Verwaltungsleistungen möglichst effizient und bürgernah erbracht werden können. Den Kommunen sind mehr Kompetenzen und Steuerungsinstrumente für das Leben vor Ort zu übertragen um damit auch das Identitätsgefühl der Bürger zu stärken. Nur dort, wo Bürger sich zuhause fühlen und Entwicklung spüren, kann eine aktive Zivilgesellschaft entstehen.

### **8. Gründerkultur stärken: Bürokratische Hemmnisse abbauen**

Voraussetzung für eine dynamische Gründer- und Innovationskultur ist die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse. Regulierungen und Vorschriften müssen auf den Prüfstand, sie müssen „entrümpelt“ und an die Anforderungen und Gegebenheiten der heutigen Zeit angepasst werden. Beispielsweise entwickeln und etablieren sich neue, innovative Geschäftsmodelle, auf die die bisherigen Regelungen nicht ausgerichtet sind bzw. von diesen nicht erfasst werden. Statt die bisherigen Regelungen anzuwenden, sollten diese überprüft und an die Anforderungen der

heutigen Zeit angepasst werden. Um den Umgang mit Behörden zu erleichtern und die Verfahren für die Bürger/-innen und die Unternehmen zu vereinfachen, muss die Überregulierung auf Behördenebene beseitigt, sowie eine erhöhte Transparenz der Verwaltungsabläufe hergestellt werden. Bürger und Unternehmen sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen, um etwas zu erledigen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt („One-Stop-Shop“), an dem alles Notwendige erledigt werden kann – am besten online. Des Weiteren muss eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Bau- und Infrastrukturprojekten herbeigeführt werden. Die Länder stehen in der Pflicht, im Rahmen der jeweiligen Ausführungsgesetze ausreichend Handlungsspielraum für Bürger/-innen und Unternehmen zu schaffen.

### **9. Wirtschaftliche Freiheitszonen für Deutschland aufbauen**

Wir brauchen in Deutschland wirtschaftliche Freiheitszonen, die neue Innovationen für Digitalisierung und Strukturwandel in den bisherigen Kohleregionen ermöglichen. Dabei sollen vor allem die Versorgung mit Breitband, eine gesicherte Infrastruktur und bürokratiearme Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Unternehmensgründungen erleichtern. Eine wichtige Rolle bei der Investitionsförderung in Deutschland spielt etwa die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung (GRW). Die GRW-Förderung muss das Ziel verfolgen, regionale Disparitäten nachhaltig zu reduzieren. Insbesondere kann die GRW-Förderung dazu beitragen, Produktivität in Strukturentwicklungszonen zu erhöhen. Denn klar ist: Ohne Anreize für private Investoren wird eine erfolgreiche Strukturentwicklung nicht gelingen. Dementsprechend sind Investitionen für Unternehmen attraktiver zu machen. Die Unternehmen brauchen neben verlässlichen politischen Rahmenbedingungen auch starke Partner für die Erschließung ausländischer Märkte. In Freiheitszonen erhalten einkommens- und körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen eine Investitionszulage. Wir fordern, dass alle Anschaffungen und die Herstellung von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern, die betrieblich genutzt werden, in Freiheitszonen mit 15 Prozent der Bemessungsgrundlage als Investitionszulage ausbezahlt sind. Die Finanzierung erfolgt aus den bestehenden Strukturmitteln bzw. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Neu denken heißt auch, wir brauchen einen Flexibilisierungskompromiss. Das Arbeitszeitgesetz muss weitere Spielräume in Freiheitszonen eröffnen und vor allem die Vorgaben der EU-Arbeitszeitrichtlinie ausnutzen.

### **10. Europäische Lösungen vor nationalem Inseldenen**

Die Europawahl hat einmal mehr bewiesen: Über Europa zu sprechen ist einfacher, als ernsthaft grenzüberschreitende Ideen zu entwerfen und Strukturen aufzubauen. Ob in der Wirtschafts-, Finanz- oder Verkehrspolitik: in vielen Bereichen hat nationales Inseldenen in den vergangenen

Jahren und Jahrzehnten über gesamteuropäische Lösungen obsiegt. Damit muss Schluss sein! Wir möchten den Binnenmarkt für Personen, Güter und Dienstleistungen weiter vertiefen, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen für den Personen- und Güterverkehr schaffen bzw. weiterentwickeln und Infrastrukturprojekte, etwa im Energie-, Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich, internationalisieren. Die EU darf nicht nur auf den Finanzierungsplakaten ihren Platz haben, sondern muss als Leitprojekt endlich in den Köpfen der Menschen ankommen.

Ansprechpartner:

Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann MdB, Energiepolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten  
Telefon: 030 227 - 74394 - E-Mail: [martin.neumann@bundestag.de](mailto:martin.neumann@bundestag.de)